

Zur Theorie der sozial-ökonomischen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft

Borchardt, Knut

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Borchardt, K. (1969). Zur Theorie der sozial-ökonomischen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft. In T. W. Adorno (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?: Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 29-47). Stuttgart: Ferdinand Enke. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-160809>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

KNUT BORCHARDT

ZUR THEORIE DER SOZIAL-ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG DER GEGENWÄRTIGEN GESELLSCHAFT

Dem Ihnen vorliegenden gedruckten Programm entsprechend war mir ursprünglich die Rolle zugeteilt, als Wirtschaftswissenschaftler, der ich bin, einem vermutlich soziologischen Referat über die Theorie der sozial-ökonomischen Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft die Darstellung des Ökonomen, die ökonomische Perspektive folgen zu lassen. Dadurch, daß nun die Reihenfolge am Nachmittag vertauscht worden ist, hat sich an meinen Absichten nichts geändert. Ich möchte das vorweg feststellen, um nicht das Opfer falscher Erwartungen zu werden.

Wiewohl der Begriff „sozialökonomisch“ im Thema erscheint, gibt es doch keineswegs *die* gemeinsame theoretische Perspektive unserer Wissenschaften. Der Begriff „Sozialökonomik“ scheint eher an Jugenderinnerungen unseres Faches anzuknüpfen als an die gegenwärtige akademische Realität. Noch vor 40 Jahren gehörte er zum alltäglichen Brot der Gelehrten und wohl auch der Studenten. Aber die Realität der Wissenschaften ist inzwischen in eine ganz andere Richtung gegangen, und faktisch haben sich die Beziehungen zwischen Ökonomie und Soziologie zumindest im akademischen Raum recht gelockert, so wichtig die auf Re-Integration hinzielenden Absichtserklärungen aus beiden Quartieren auch sind. Wohl gibt es Bücher mit breiten Aspekten und spektakulären, die Gegenwart und die Zukunft des Kapitalismus charakterisierenden Themen, aber Darlegungen unter solchen Überschriften stammen mehrheitlich von Autoren, die zumindest in der internen Prestigerangordnung der Wirtschaftswissenschaftler einen weniger respektierlichen Platz einnehmen.

Ich setze mich mit der Zusage, vor Ihnen über einen solchen enzyklopädischen Gegenstand zu sprechen, offensichtlich über gewisse Traditionen unserer Fächer hinweg. Doch ist es schon bemerkenswert, daß es solche Traditionen gibt, und ich stehe nicht an, dem Vortrag das

Bekanntnis voranzustellen, daß zwischen Soziologie und Ökonomie wieder eine engere Kooperation, ja eine Integration erfolgen sollte. Dennoch werde ich die Integration hier nicht schaffen, sondern zunächst das Ökonomische der sozial-ökonomischen Entwicklung betonen.

Und da es heute keineswegs selbstverständlich ist, was von wirtschaftswissenschaftlicher Seite aus unter sozialökonomischer Entwicklung überhaupt zu verstehen ist, es aber wichtig ist, daß wir uns die Fakten klarmachen, bevor wir über Theorien ein Wort verlieren, scheint es mir richtig, in Teil I des Referates die Theorie im Zusammenhang mit einer Skizze der beobachteten Entwicklung einzuführen, um am Objekt zu bleiben. Sodann ist etwas über Konzepte derartiger sozialökonomischer Analysen zu sagen.

I.

Schon die bloße Beschreibung der Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft, also eines sich in Bewegung befindlichen Aggregates, erfordert mehr als nur den Blick in die Vergangenheit und Gegenwart. Sie setzt eigentlich auch eine Zukunftsperspektive voraus, weil nur so Trends oder Tendenzen der Entwicklung anzugeben sind. Tatsächlich verfügen wir aber nur über beschränkte Einsichten in die Zukunft. Unsere prognostischen Theorien, von denen es ja in der Ökonomie weiß Gott viele gegeben hat, haben sich von Smith, Ricardo, Marx über Sombart, Keynes, Schumpeter und andere (um nur die größten zu nennen) oft als falsch erwiesen. Es ist nicht zu vermuten, daß wir heute so beachtlich klüger sind und unseren Prognosen wirklich vertrauen dürfen. Immerhin übersehen wir eine längere Zeitspanne als unsere Vorgänger, und das gibt uns die Möglichkeit, manche der früheren Prognosen zu korrigieren und darüber nachzudenken, warum sie sich als falsch erwiesen haben, d. h. neue Theorien zu formulieren bzw. den prognostischen Skeptizismus zu pflegen.

Für unsere Zwecke soll es zunächst ausreichen, die bisherigen Tendenzen der ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft, d. h. der westeuropäischen und (für mich spezieller) der westdeutschen kurz zu resümieren. Manche Tendenzen werden sich dann in die Zukunft extrapolieren lassen, aber gewiß nicht alle. Lassen Sie mich einige Tatsachen nennen und zugleich kommentieren, die jede langer Ausführungen bedürftig wären, hier aber nur als Chiffren für das stehen sollen, was wir „Entwicklung der Gesellschaft“ nennen wollen.

1. Zunächst, uns überwältigend und Hauptgegenstand ökonomischer

Analyse, das wirtschaftliche Wachstum, das unzulänglich gemessen wird als Zunahme des realen Bruttosozialproduktes je Kopf. Dieses Wachstum hat sich bekanntlich nicht nur im Maße des 19. Jahrhunderts fortgesetzt, sondern ist in vielen westlichen Ländern auch nach dem zweiten Weltkrieg über lange Zeit hin stärker gewesen als vor 1914. Zum Teil mag es daran liegen, daß diese Periode eine Art Rekonstruktionsperiode gewesen ist, speziell in den Ländern, die vom Krieg besonders erfaßt worden sind. Aber der Begriff „Rekonstruktionsperiode“ deckt das Phänomen keineswegs vollständig, wie wir gerade daran erkennen können, daß es eine Reihe von Ländern gibt, in denen die Bruttoinvestitionsquoten noch trendmäßig angestiegen sind. Auf jeden Fall steht fest, daß die kapitalistische Welt noch keiner prinzipiellen oder zwingenden Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ausgesetzt war, obgleich seit 100 Jahren in den verschiedensten Schulen die Stagnation vorhergesagt und vielfach theoretisch begründet worden ist. Woran dieses Ausbleiben der Stagnation liegt, kann man nicht in wenigen Worten sagen, aber einiges wird im folgenden dazu beitragen.

Auf jeden Fall ist über alle Zweifel hin klar: anhaltendes Wachstum, das bedeutet schon ständigen Wandel der Gesellschaft, als Voraussetzung wie als Folge. Wenn sich bei einer Wachstumsrate von 3 % jährlich in weniger als 24 Jahren das Sozialprodukt verdoppelt, so ist das Leben der Menschen definitiv verändert, wie immer man sonst mit dem Begriff „Entwicklung der Gesellschaft“ umgehen will. Nach den heutigen Lebenserwartungen der Menschen könnte ein Individuum im Verlauf seines Lebens mit großer Wahrscheinlichkeit eine Vervierfachung des Sozialprodukts wahrnehmen. Allerdings, das ist offen zuzugeben, weiß niemand, was das konkret heißt. Vervierfachung des Sozialprodukts in die Zukunft hinein, das ist zunächst einmal nur ein statistisches Konstrukt, das nur durch die Zukunft selbst inhaltlich erfüllt werden kann.

2. Dieses Wachstum ist nach wie vor unstetig, wenn auch nicht mehr eindeutig zyklisch im Sinne eines klar definierten theoretischen Phasenzusammenhangs. Die nie verschwundene, in Westdeutschland aber in den Jahren nach 1948 hinter einer selbst in schlechten Jahren hohen Wachstumsrate und niedrigen Arbeitslosenziffern versteckte Unstetigkeit ist seit zwei Jahren auch hier jedermann offenkundig. Das Jahr 1967 hat uns einen Konjunktureenbruch von einem Umfang beschert, wie er auch in der klassisch-kapitalistischen Zeit vor dem ersten Weltkrieg selten gewesen ist. Beispielsweise ist das reale Nettoinlandsprodukt in der Phase zwischen der Gründerkrise und dem ersten Weltkrieg nur in zwei Jahren gegenüber dem Vorjahr wirklich gesunken, also genau das

eingetreten, was 1967 im Vergleich zu 1966 geschehen ist; ein Umstand, der dem gebildeten Publikum in Deutschland bisher in dieser Bedeutung und diesem Gewicht nicht bekannt geworden ist. Nicht nur wegen dieser speziellen Erfahrung, daß auch bei uns trotz ungeheurer Zunahme des theoretischen Wissens und der praktischen Manipulationsinstrumente eine Krise eintreten kann, sondern aus prinzipiellen Gründen müssen wir, meiner Meinung nach, den Traum von einem störungsfreien Wachstum in die nationalökonomische Theorie von unerreichbaren Idealen verweisen. Bekanntlich zeigen auch die sozialistischen Länder deutliche Schwankungen um den Trend ihrer Produktionsentwicklung. Und der besondere Charakter des Konjunktureinbruchs in den letzten zwei Jahren bei uns zeigt, daß in den kapitalistischen Ländern keineswegs ein autonomer kapitalistischer Konjunkturzyklus von dem bei den Theoretikern inzwischen bevorzugten Typ der Multiplikator- und Akzeleratormodelle am Werk ist, sondern daß Staat und Notenbank auch bei der Entstehung von Konjunktureinbrüchen beteiligt sind. Es ist nicht notwendig so, daß in unserem System die De-Stabilisierung ausschließlich im privaten Sektor liegt und der Staat nun mit seinen Mitteln stabilisierend wirkt. Auch der öffentliche Sektor wirkt bei uns destabilisierend, so sehr Absichtserklärungen der Politiker in die Gegenrichtung weisen und die gewinngesteuerten privaten Investitionsentscheidungen und die ebenfalls gewinngesteuerte private Auslandsnachfrage eine große Erklärungslast für die Unstetigkeit des Wachstums tragen.

3. Beginnt man, das beobachtete Wachstum zu erklären, so ist festzuhalten, daß die Akkumulation von Kapital bislang nicht nachgelassen, sondern vielleicht sogar im Querschnitt verschiedener kapitalistischer Länder noch zugenommen hat (selbst wenn man einen Teil der relativ hohen Nachkriegswerte der Bruttoinvestitionsquoten auf Sonderumstände und die Folgen des Krieges zurückführt). Es ist besonders hervorhebenswert, daß mit wachsender Kapitalintensität keine signifikante Minderung der Produktivität des Kapitals eingetreten ist und die Grenzprofitraten nach wie vor relativ unverändert scheinen. Freilich haben sich sowohl die Quellen der Geldkapitalbildung wie auch die Schwerpunkte der Investitionsdisposition zwischen den verschiedenen Sektoren, private Haushalte, öffentliche Haushalte, private Unternehmungen, verändert; bei den privaten Unternehmungen noch ganz entscheidend zwischen den Unternehmungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit hin zu den Kapitalgesellschaften. Das führt bei einer ganzen Reihe von Autoren zu Überlegungen darüber, ob im Hinblick darauf der Kapitalismus nicht inzwischen seine Struktur verändert habe. Auf jeden

Fall ist festzuhalten, daß makroökonomisch die Kapitalbildung insgesamt bisher keine prinzipielle Schwäche gezeigt hat. An Investitionschancen fehlt es bei unterschiedlich strukturierten Gesellschaften offensichtlich nicht, jedenfalls nicht zur Zeit.

4. Wendet man sich dem zweiten Produktionsfaktor als erklärender Komponente des Wachstums zu, der Arbeitsleistung, so sind die Umstände hier zwar von Land zu Land sehr verschieden, aber insgesamt hat sich in den entwickelten Ländern bislang ebenfalls kein Trend zu einem dramatischen Arbeitsangebotsüberhang entwickelt. Im Gegenteil haben einige höher entwickelte Länder mit elastischem Arbeitsangebot daraus Vorteile gezogen und dieses Reservoir in den letzten 20 Jahren aufgebraucht, woraus nach Abschluß dieser Periode spezielle Wachstumsstörungen zu erklären sind. Die wiederum seit langem behauptete generelle Freisetzung von Arbeit durch Kapital ist zumindest bislang nicht eingetreten, was nicht heißt, daß sie nicht eintreten kann. Aber sie ist noch nicht eingetreten. Die beobachtete Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit hat mit diesem Faktum gar nichts zu tun (ja gelegentlich wird behauptet, sie trage noch immer durch ihren Produktivitätsfortschritt zum Wachstum bei). Unstreitig ist, daß die Arbeitszeit wesentlich weniger gesunken als die Produktivität gestiegen ist. Die Masse der erwerbstätigen Einkommensbezieher scheint noch immer ein wachsendes Einkommen sinkender Arbeitszeit vorzuziehen. Das ist ein „unnatürlicher“, ein interessanter Umstand, der nach Erklärung drängt. Es gibt dafür eine ganze Reihe von Erklärungen. Eine ist diese, daß die institutionalisierten Konsumzwänge einer noch rascheren Ausdehnung der Freizeit und damit Verminderung des Arbeitsangebots Grenzen setzen. Es sind offenbar bislang auf die verschiedenste Weise hinreichend viele Bedürfnisse (qualitativ wie quantitativ) produziert worden, um von dieser Seite her die Stagnation noch zu verbannen. Ich möchte allerdings davor warnen, „Bedürfnisproduktion“ als ein Phänomen des Spätkapitalismus zu interpretieren. Jeder, der sich mit der Wirtschaftsgeschichte befaßt, muß finden, daß Bedürfnisproduktion, d. h. Einsatz von Produktionsfaktoren zur Erzeugung von Bedürfnissen, ein gesellschaftliches Phänomen ist, das wir in ganz verschiedenen Ordnungen, Systemen und Zeiten feststellen können.

Wie dem auch sei: Es gibt zur Zeit keinen Grund anzunehmen, daß sich an der Expansion der Bedürfnisse in kürzerer Zeit etwas ändern sollte und von einem Nachfrageausfall selbst nur im privaten Konsummentensektor her Stagnationskräfte wirksam werden müßten, so viele Behauptungen es in dieser Richtung gibt, die sich aber vorzugsweise nur

auf die relativ hohe Investitionsquote und auf den wachsenden Staatsanteil am Sozialprodukt beziehen. Doch sagen strukturelle Änderungen nichts über bewegende Kräfte selbst aus.

5. Bei den entsprechend heutigen Kenntnissen wichtigsten bewegenden Kräften des Wirtschaftswachstums sind wir, wenn wir den Schritt zum technischen Fortschritt unternehmen. Nach gewissen Rechenkonventionen der Ökonometriker, und ich sage ausdrücklich, daß es sich hier um Konventionen handelt, sind quantitative Veränderungen im Arbeitsinput und in den Kapitalbestandsmengen nur zu geringen Prozentsätzen für die Wachstumsraten der westlichen Länder verantwortlich zu machen. Mehr als die Hälfte und bis zu 80% der gesamten rechnerischen Zurechnung des Wirtschaftswachstums auf verursachende Faktoren werden einer Restgröße zugewiesen, die den ominösen Titel „technischer Fortschritt“ bekam. Ich stehe nicht an zu sagen, daß das ein Vexierbild ist, mit außerordentlichen Problemen beladen, praktisch mit allen Problemen von Restgrößen. Zur politischen Benutzung ist der Begriff aber sehr dienlich, weil er den Technikern und der Technik eine scheinbar nachweisbare Bedeutsamkeit gibt. Aber hinter dieser Rechengröße steckt sehr viel, praktisch die gesamte Organisation der Produktion. Man muß zum Zwecke der Erkenntnis diesen dubiosen Globalausdruck entzerren, doch haben die Ökonomen bislang auch hierfür nur Konventionen anzubieten, die in weiten Grenzen relativ beliebige Ergebnisse erzielen lassen.

So dubios die Meßtechniken aber auch sind, es scheint festzustehen, daß der eigentliche technische Fortschritt im engeren Sinne (die Entwicklung neuer Produkte, die Erfindung besserer Produktionsverfahren) bislang auch nicht an Intensität nachgelassen hat, ja zur Zeit halten die Fachleute eine Akzeleration noch für wahrscheinlich. Wenn der technische Fortschritt anhält und zugleich die Nachfrage nicht ausfällt, wäre eine Verminderung der Akkumulationschancen noch nicht abzu sehen, denn auch in der Vergangenheit ist es wohl in erster Linie der technische Fortschritt gewesen, der die Konstanz des Kapitalkoeffizienten bewirkt und ein Sinken der Grenzprofitraten verhindert hat.

6. Ein zweiter Aspekt des „technischen Fortschritts“ im weiteren Sinne ist wohl soziologisch noch interessanter, nämlich Fortschritt in der Organisation der Produktivkräfte, im gesellschaftlichen Lenkungsmechanismus von Produktion und Verteilung. Daß sich Struktur und Ablauf der Marktprozesse, also der Funktionsweise in den privaten Sektoren unserer Wirtschaft verändert haben und weiterhin verändern, ist ebenso augenscheinlich wie analytisch schwer durchdringlich und in

seinen Wirkungen für das Wachstum überdies recht umstritten. Zur Zeit ist, das muß ich gerade an dieser Stelle sagen, da der Begriff „Monopol“ sich einer besonderen Beliebtheit erfreut, nicht einmal erkennbar, ob und gegebenenfalls um wieviel sich der Monopolisierungsgrad unserer Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten tatsächlich erhöht hat. Die klassische Tendenz zur Konzentration der Verfügungsmacht von Produktionsmitteln ist sicherlich im 19. Jahrhundert unbestreitbar und ist auch in der Gegenwart an einzelnen Beispielen belegbar, speziell im Zusammenhang mit den in vieler Beziehung hochinteressanten übernationalen Unternehmungen. Aber eine zunehmende Monopolisierung in exaktem ökonomischem Sinne ist mit den vorhandenen statistischen Methoden und Materialien unserer Zeit als Massenphänomen nicht nachweisbar. Das läßt zweierlei Aussagen zu: eine über diese Methoden, die der Verbesserung bedürfen, und eine zweite über den Gegenstand selbst.

Auf jeden Fall: wirtschaftliche Lenkungsmodelle auf der Grundlage von walrasianischen mikroökonomischen Gleichgewichten der vollkommenen Konkurrenz finden sich heute wohl in Lehrbüchern, und dort wird der Atomismus der Wirtschaftssubjekte nach wie vor als ein Denkmodell erläutert, aber als eine hinreichende Beschreibung der marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen unserer Zeit werden sie kaum vertreten. Die Steuerungsmechanismen sind weitaus komplizierter und scheinen weder ihre Signale noch ihre Handlungsstimuli in der schönen klaren Lehrbuchweise unserer Väter zu vermitteln. Innerhalb der privaten Unternehmungen und zwischen ihnen wird heute von ganz anderen Personen, in anderer Weise und teilweise auch mit anderer Zielsetzung entschieden als vor 60 oder 100 Jahren. So fehlt uns auch der Mut, der Marktwirtschaft irgendwelche Fähigkeiten der automatischen Steuerung zu einem allokatorischen Wohlfahrtsoptimum zuzuschreiben, abgesehen davon, daß dieses Optimum nie operativ definiert werden kann, wie jahrzehntelange Bemühungen einer ganzen darauf gerichteten Schule inzwischen hinlänglich gezeigt haben. Wer immer also sagt, Marktwirtschaft steuere einem Optimum zu, setzt sich damit der Kritik aus, daß er dieses Optimum selbst nicht definieren kann. Andererseits, und das ist wiederum zu sagen, haben marktwirtschaftliche Steuerungssysteme vielfach nicht unbefriedigende Ergebnisse gebracht, so daß ein Vertrauen auf sie nicht grundsätzlich unrationell ist. Sie scheinen Informationen und Handlungsstimuli oft genug wirkungsvoller zu transformieren als alternative Organisationsformen.

Doch ist gewiß, daß auch in den westlichen Ländern Entscheidungen von Staatsfunktionären weiter zunehmendes Gewicht erhalten haben

und sicher auch in Zukunft erhalten werden, da der Anteil des Staates am Sozialprodukt gewachsen ist und seine Kompetenzen zur Lenkung von Produktion und Verbrauch zugenommen haben. Wir haben einen wachsenden Sektor nicht-privater Produktion, selbst von Endprodukten, keineswegs nur von Zwischenprodukten. Wir haben einen wachsenden Sektor kollektiven, nicht bezahlten Verbrauchs. Wenn auch im Augenblick die Forderung nach öffentlichem Eigentum in den meisten westlichen Ländern weniger intensiv erhoben wird, so gibt es doch eine anhaltende Tendenz, mehr und mehr Produkte und Dienste zu niedrigeren als Marktpreisen zur Verfügung zu stellen.

Freilich wäre es ein großes Mißverständnis, allein aus diesen Beobachtungen schon auf einen qualitativen Sprung in der Entwicklung unseres Wirtschaftssystems zu schließen, zeigt sich doch vielfach, daß die Staatsaktivität keineswegs im Widerspruch mit den Grundsätzen einer gewinn-gesteuerten Wirtschaft stehen muß, daß vielmehr staatliche Interventionen auf die Dispositionsgesetzlichkeiten im privaten Entscheidungsbereich abgestimmt werden und häufig die Aufgabe haben, die Funktionsweise dieses Bereiches und d. h. ganz konkret: unternehmerische Gewinnerwartungen materiell abzusichern. Das gesamte volkswirtschaftliche Nachfragemanagement der Konjunkturpolitik ist jedenfalls so zu deuten, wie gerade die gegenwärtige konjunkturpolitische Auseinandersetzung im Zusammenhang mit den Vorwürfen an den Bundeswirtschaftsminister zeigen, der sich einkommenspolitisch scheinbar entgegen seiner Parteirichtung verhält. Hier zeigt sich deutlich, daß unser System einfach die Unterstützung der unternehmerischen Gewinnerwartung fordert, wenn ein Aufschwung wieder kommen soll. Auch die Ansätze der Wachstumspolitik weisen in die gleiche Richtung.

So sehr das dafür spricht, den Wandel des Systems nicht zu überschätzen, so wichtig sind andererseits doch Änderungen in der Aufgabenstellung der Regierung geworden. Hier sind historische Erfahrungen in einer Weise verarbeitet, daß man entweder – und vielleicht sogar mit einiger Beliebigkeit – von einer erfolgreichen Adaptation des Kapitalismus an neue Lebensbedingungen oder von einem Wandel des Kapitalismus selbst sprechen kann. Nach der schon im 19. Jahrhundert dem Staat zugewiesenen Aufgabe der Sicherung von Individuen gegen bestimmte Wechselfälle ihrer Einkommenserzielung (was übrigens keineswegs etwas gänzlich Neues war, sondern lediglich dem Staat als der nun zur Organisation fähigen Einheit eine Aufgabe gegeben hat, die noch 100 Jahre zuvor ganz andere soziale Gruppierungen gehabt hat), nachdem also das technische Problem jetzt lösbar war, auf einer höheren

Stufe Einkommenssicherung der Individuen zu betreiben, haben Regierungen in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts allgemein die Aufgabe der Stabilisierung der Beschäftigung und damit des Volkseinkommens übernommen. Zur Zeit sind wir Zeuge des systematischen expliziten Einbruchs der Staatsaktivität in die Domäne kapitalistischen Selbstverständnisses, in das Wachstum.

An diesem Ort brauche ich auf einen besonderen Aspekt der Änderung der Lenkungsmechanismen unserer Wirtschaft nicht einzugehen, den man mit dem Schlagwort „Institutionalisierung des Klassenkampfes“ bezeichnet hat, das heißt die Einbindung des Konfliktes zwischen den Besitzern von Produktionsmitteln oder ihren Vertretern und den auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesenen Menschen in geregelte Auseinandersetzung von Marktparteien. Es ist keine Frage, daß es in vielen westlichen Ländern gelungen ist, Spielregeln für soziale Kämpfe als Lohnstreit zu entwickeln und damit das Aggressionspotential herabzusetzen, wie schon die trendmäßige Minderung der Streikaktivität zeigt. Die gesellschaftlichen Widersprüche scheinen überhaupt in Ost wie West in einem größeren Maße institutionell manipulierbar zu sein als man das noch vor einigen Generationen angenommen hat.

Aber die entscheidenden Ursachen für die keineswegs auf Dauer gesicherte Pazifizierung von Individuen und Konfliktgruppen liegen meiner Meinung nach vermutlich weniger im gesellschaftlich-organisatorischen Bereich, sondern in der Tatsache begründet, daß die bislang anhaltende hohe Wachstumsrate den Problemen der Verteilung ihren Stachel genommen hat. Wachstum ist in ganz verschiedenen politischen Systemen in gleicher Weise eine Friedensformel. Nicht nur in der NS-Zeit konnte man dies beobachten. Man kann es auch jetzt im Ost-West-Vergleich eindeutig verfolgen, und auch in den Entwicklungsländern spielt sich ähnliches ab. Darauf ist am Schluß zurückzukommen.

7. Das anhaltend hohe Wachstum hat im westlichen, im kapitalistischen System auch die notwendigen Wandlungen in der Produktions- und in der Beschäftigungsstruktur erleichtert. Hier besteht, wie so oft im sozialökonomischen Erklärungszusammenhang, eine Wechselwirkung. Ein vitiöser Zirkel, wie das die Theoretiker der Entwicklungsländer zu benennen lieben. Strukturwandlungen sind einfach Voraussetzungen für Wachstum, Wachstum wiederum macht Strukturwandlungen leichter, weil Strukturwandlungen Opfer kosten und diese Opfer um so geringer sind, je intensiver das Wachstum ist. In keinem Abschnitt der bisherigen deutschen Geschichte hat sich die Produktionsstruktur so

rasch verändert, wie in den letzten 20 Jahren, da die landwirtschaftliche Beschäftigung erstmals in der deutschen Geschichte auch absolut schrumpfte, was unter den Bedingungen des großen Arbeitskraftbedarfes anderer Sektoren relativ leicht vonstatten ging. Dennoch kam und kommt es hier, wie an anderen Orten des Strukturwandels, zu Konflikten zwischen der Forderung nach Anpassungsmobilität und Beharrungs- gleich Einkommenssicherungswunsch von einzelnen und Gruppen. Wenn auch der Staat schon immer in derartige Prozesse eingegriffen hat, so ist doch unverkennbar ein Trend zu bemerken, den kapitalistischen Prozeß der sogenannten schöpferischen Zerstörung sowohl von seiten der Unternehmung wie von seiten des Staates wie von seiten der Arbeitnehmer stärker zu bändigen. Es ist eine Frage, ob man mit den Opfern des Fortschrittprozesses nicht unter Umständen auch die Sache entfernt.

8. Ich müßte noch auf viel mehr eingehen, z. B. auf die Trends in den Interdependenzen nationaler Wirtschaften und die Organisation der Weltwirtschaft. Die gegenwärtige Weltwährungskrise, die sehr deprimierend für alle diejenigen ist, die sich in den letzten Jahrzehnten mit der Entwicklung einer rationalen Währungsordnung beschäftigt haben (deprimierend, weil sich in ihr wiederum zeigt, daß die Theorie in den engen Zirkeln, in denen sie gepflegt wird, offensichtlich noch nicht hinlänglich praktische Relevanz gewonnen hat, da sie offensichtlich zu wenig politisch-ökonomische Theorie ist), die gegenwärtige Weltwährungskrise fordert förmlich dazu heraus, sie in eine politische Analyse der Entwicklung der internationalen ökonomischen Beziehungen einzuordnen. Aber die Zeit drängt, und so lassen Sie mich nur noch einen Blick auf die Einkommensverteilung werfen, die ja in einem sehr direkten Sinn soziologisch belangvoll ist. So deutlich erkennbar die meisten der bisher beschriebenen Änderungen sind, so ganz anders ist die Lage, wenn man die Einkommensverteilung betrachtet. Die sogenannte makroökonomische Verteilung des Volkseinkommens auf Besitz- und Arbeitseinkommen scheint sich über sehr lange Zeiträume hin nicht verändert zu haben. Sie unterliegt auch zur Zeit nur kurzfristigen Schwankungen, keinem sichtbaren Änderungstrend. Wohl ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik noch die statistische Lohnquote gestiegen, aber im allgemeinen wird dies nicht auf eine Änderung in der Verteilung der Marktmachtpositionen der sogenannten Sozialpartner, sondern auf Wandlungen in der Beschäftigungsstruktur zurückgeführt. Die meisten Nationalökonomien sind sogar recht pessimistisch hinsichtlich der Chancen, im herrschenden System die Einkommensverteilung auf dem

Weg über den Arbeitsmarktkampf zu verändern und meinen, daß angesichts erkennbarer Kreislaufgesetzmäßigkeiten ohne spezifische Vermögensdispositionen der Arbeiter – und dies dann mit erheblichem Wachstumsraten-Risiko verbunden – ihr Anteil am Sozialprodukt kaum signifikant zu ändern wäre.

So starr die gesamtwirtschaftlichen Einkommensquoten im Zweiklassenmodell von Besitzeinkommen und Arbeitseinkommen auch sind, so lebhaft Strukturveränderungen vollziehen sich innerhalb der Besitzeinkommen und der Arbeitseinkommensverteilung. Die Grundrente, deren Steigerung noch Ricardo zum beherrschenden Thema aller pessimistischen Zukunftsschau gemacht hat, ist inzwischen in unseren Breiten zu einer zu vernachlässigenden Kategorie zusammengeschmolzen. Auch die Zins- und Dividendeneinkommen sind wesentlich weniger als die unverteilter Gewinne der Kapitalgesellschaften gewachsen. Demgegenüber ist eine deutliche Nivellierung in der Lohnstruktur eingetreten, sowohl im Qualifikationsgefälle wie im Gefälle der Männer- und Frauenlöhne. Die noch um 1900 als unvermeidbar angesehene Polarisierung der Einkommen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitskräften hat sich nicht fortgesetzt, zumal die entsprechende Prognose der Berufsstruktur sich als falsch erwiesen hat.

Wendet man sich von dieser funktionellen Verteilungsperspektive zur personellen Verteilung des Einkommens auf individuelle Haushalte, so ist die Entwicklung schon in den Fakten ziemlich ungeklärt. Zwar zeigen die verfügbaren Statistiken nach Besteuerung eine gewisse Egalisierungstendenz der Einkommen. Aber erstens ist sie nicht gerade dramatisch zu nennen und zweitens ist zu beachten, daß gerade die Bezieher höherer Einkommen viele Möglichkeiten haben, sich Teile des Sozialprodukts anzueignen, ohne daß dieses im steuerpflichtigen Einkommen einen Niederschlag findet. Insgesamt ist wohl zu begründen, daß sich auch die personelle Einkommensverteilung nicht wesentlich verändert hat, ein Umstand, der allerdings bisher theoretisch weitgehend ungeklärt ist.

II.

Damit möchte ich die Präsentation des Befundes, die Entwicklung charakterisierender Sachverhalte und einiger theoretisch informierender Stichworte beenden. Man sollte noch viel mehr Tatsachen erwähnen, aber ich hoffe, Sie sehen, daß die Zahl der Stichworte schon recht groß ist und die Erwartung ausschließt, daß es eine Theorie gäbe, die dieses alles zugleich deutet. Tatsächlich befassen sich viele Spezialisten mit den

unterschiedlichsten Aspekten von Entwicklung, und demzufolge gibt es eine große Zahl von partiellen Theorien verschiedenen Umfangs, verschiedener Reichweite, verschiedener Analysentechnik und unterschiedlicher Verstehbarkeit für Laien und interessierte Wissenschaftler der Nachbardisziplin. Es scheint recht gewaltsam, daraus eine Theorie der Gesellschaft herstellen zu wollen.

Man könnte, bedürfte es einer weiteren Rechtfertigung der erkennbaren Parzellierung unseres Wissenschaftsgebäudes, auf die Naturwissenschaften hinweisen, in denen ja auch nicht *die* Theorie der Natur gesucht wird, sondern Erklärungen für bestimmte isolierbare Phänomene gefunden werden. Aber das Problem liegt gerade in dem Wort „isolierbar“. Wir haben doch den Verdacht, daß die Phänomene bei uns keineswegs so ordentlich isolierbar sind und unsere partiellen Hypothesen, indem sie sich einem sogenannten Datenkranz anvertrauen, der durch die *ceteris-paribus*-Klausel abgesichert wird, relativ wenig zu einer wirklichen Kausalerklärung beitragen. Es gibt für den Verdacht, daß zwischen den Resultaten von Partial- und Globalmodellen erhebliche Unterschiede bestehen, in der Nationalökonomie überzeugende Anhaltspunkte. Nicht zuletzt besteht der große Gewinn der volkswirtschaftlichen Kreislaufanalyse darin, aufgezeigt zu haben, wie wegen bestehender Rückkopplungen im System partiell plausible Erklärungen (z. B. über Folgen von Arbeitsmarktkämpfen oder die Wirkung des Sparens und den Einsatz geldpolitischer Mittel) sich in Wahrheit systematisch in ihr Gegenteil verkehren können. Wir haben deshalb die Notwendigkeit begriffen, alle als relevant erkannten Gleichungen simultan zu lösen, bevor auch nur eine endogene Variable bestimmt ist. Aber die konkrete Erfüllung der Forderung ist in weiten Bereichen bisher aus vielen Gründen noch nicht gelungen.

Das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, sei es in Konten, sei es in Matrix-, sei es in Gleichungsform geschrieben, ist eine der großen Erfindungen der Ökonomen, mit deren Hilfe wesentliche, bei weitem nicht alle sozialökonomischen Zustände und Entwicklungen beschrieben, und mit deren Hilfe auch Erklärungen gefunden werden können. Viele der von mir zuvor beschriebenen Tendenzen der Entwicklung lassen sich numerisch in solchen Gleichungssystemen erfassen, von denen wir inzwischen verschiedene besitzen.

So könnten die Ökonomen also ganz stolz sein, daß sie eigentlich ein System für „Totalmodelle“ besitzen. Aber es darf nicht verschwiegen werden, daß derartige Modelle gesamtwirtschaftlicher Analyse auch gefährlicher Mißdeutung ausgesetzt sind, wenn man ihren spezifisch

instrumentalen Charakter nicht beachtet. Weite Bereiche der national-ökonomischen Theorie sind vorzugsweise instrumental im Blick auf Wirtschaftspolitik belangvoll. Das kann man sofort sehen, wenn man den Begriff „Sozialprodukt“ analysiert. Das rechnerisch ermittelte Sozialprodukt ist in erster Linie eine bestimmten Intellektuellen für bestimmte Operationen interessant erscheinende Größe, speziell geeignet zur Analyse von kurzfristigen Veränderungen der Einkommensströme, also zur Konjunkturtheorie und Konjunkturpolitik. Dem Zweck, Konjunkturpolitik zu treiben, entsprechend, müssen deshalb auch Ausgaben für Militär, Polizei, Müllabfuhr, Reklameindustrie in die Größe des Sozialproduktes eingehen – aber tatsächlich wird die so errechnete Größe nun in aller Welt als Wohlfahrtsindex verwendet. Das ist ein Mißbrauch, denn als Wohlfahrtsindex für Gesellschaften taugt das Sozialprodukt aus vielen Gründen nicht, z. B. deshalb nicht, weil es nicht die Opfer der Produktion erfaßt; deshalb nicht, weil so unterschiedliche Ströme wie Endverbrauch und Polizei, Müllabfuhr und Militär darin aggregiert werden; und schließlich, weil ja auch die Verteilung der Produkte auf die Subjekte von erheblicher Bedeutung für den Wohlstand ist. Neben diese sachliche Kritik muß man sofort auch eine statistische Kritik stellen. Es ist gänzlich ausgeschlossen, das Indexproblem zu überlisten. Wir müssen gerade auch bei intertemporalen und internationalen Vergleichen des Sozialproduktes beachten, daß wir bisher nicht in der Lage sind, dieses Indexproblem zu lösen, ohne massiv zu manipulieren.

Man sollte sich auch von allen Versuchen distanzieren, die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung als ein wirkliches Handlungsmodell der Gesellschaften zu interpretieren, indem man die funktionalen Veränderungen von Gesamtgrößen mit Namen belegt, die aus der Individualsphäre her wohl begründet sind – hier aber nur die Verhaltensweise eines statistischen Konstruktes, gleichsam eines „Soziolunculus“ beschreiben können. Es gibt ja nicht *die* Konsumneigung *der* Gesellschaft in dem Sinne, in dem es eine Konsumneigung von Individuen gibt. Wohl ist auch ein makroökonomischer Zusammenhang zwischen Volkseinkommen und Gesamtkonsum nachweisbar und statistisch eindeutig, aber es ist erwiesen, daß diese Makrogleichung eben nicht als Addition aus Millionen von Mikrogleichungen zu ermitteln ist, sondern daß das Ergebnis eben nur auf der Makroebene zu erheben ist, weil zwischen Makro- und Mikrobereich eine Vielfalt von sehr komplizierten Prozessen abläuft, bei denen es fraglich ist, was die Gesellschaft überhaupt sein soll, über deren Konsumneigung man hier spricht.

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, also das System, das wir Ökonomen jetzt handhaben, ist ein praktisch unentbehrliches Instrument heutiger Wirtschaftspolitik, vermittelt aber meist nur ein unreflektiertes Bild der Gesellschaft. Schon das Kontenschema der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist im Aufbau von kennzeichnender internationaler Gleichförmigkeit bei erheblichen Unterschieden des gesellschaftlichen Lebens in den einzelnen Ländern. Es ist auch mit Recht gesagt worden, daß die hohe Aggregation das Bild einer harmonistischen, ja einer kommunistisch-solidarischen Gesellschaft entwirft, wenn auch der Festlegung von Kreislaufpolen und den entsprechenden Strömen ein Klassenmodell zugrunde zu liegen scheint. Aber im großen und ganzen werden doch Individuen und Gruppen bei uns in der Theorie wohl als unterschiedlich, jedoch in Interessen und Verhalten addierbar betrachtet. An die wirklichen Entscheidungseinheiten und ihre bewegenden Kräfte heranzukommen, die kontennmäßige Gruppenbildung auch gesellschaftstheoretisch zu begründen, d. h. von dieser kommunistisch-solidarisch-harmonistischen Fiktion der funktionalen Gesamtrechnung wegzukommen und zur Kausalanalyse weiter vorzudringen, das ist die Aufgabe, der wir gegenwärtig ausgesetzt sind. Praktisch läuft das (bleibt man prinzipiell im Rahmen des Modells) in der ersten Stufe auf eine weitere Disaggregation unserer globalen Modelle hinaus. Bemerkenswerterweise hat man im letzten Jahrzehnt in den Wirtschaftswissenschaften die Aufgabe wieder entdeckt, die Einkommensverteilung zu erklären – und man begreift sie nicht mehr nur im Rahmen einer formalen Preistheorie, wie das noch vor einer Generation der Fall war, sondern im Zusammenhang der Erklärung von Wachstum und Konjunktur, hier freilich noch immer recht unhistorisch und im Schema einer zwar nach Rollen spezifizierten, aber im wesentlichen doch integrierten Gesellschaft. Immerhin sei als Fortschritt auch an dieser Stelle vermerkt, daß im Kreis der Ökonomen jetzt verbreitet wahrgenommen wird, daß Inflationen nicht monetäre Phänomene mit sozialen Folgen sind, sondern soziale Phänomene mit monetären Begleiterscheinungen oder mit monetären Randbedingungen, um mich präziser auszudrücken.

Wenn derartige Konzepte durchdacht werden, tritt die Wirtschaftswissenschaft aus ihrem selbstgebastelten Datenkranz heraus, in den sie sich vor Jahrzehnten eingeschlossen hatte, als das Wort Geltung zu haben schien, „economics is all about how people make choices, sociology is all about why they don't have any choices to make“. Die Ökonomen befreien sich jetzt nicht nur aus einer Laune heraus, sondern weil

ganz offensichtlich die gesellschaftlichen Interdependenzen es erfordern, sich des Fundaments einer naiven Wahlhandlungstheorie zu begeben und den esoterischen Datenkranz aufzusprengen. Bevölkerung, Technik, Erziehungssystem, politische Ordnung sind eben nicht als exogene Größen zu betrachten, wie wir das weitgehend getan haben. Exogen, das heißt eben konkret: gar nicht reflektiert. Etwas überspitzt kann man sagen, daß unsere Wissenschaften sich auf dem Wege, Datenkränze und ceteris-paribus-Modelle zu konstruieren, recht unzuverlässig departmentalisiert haben, so daß jede jeweils Hauptprobleme ihrer Fragestellung in des Nachbarn Garten geworfen hat, wo sie dann entweder liegengeblieben sind oder einen gefunden haben, der sie zurückgeworfen hat.

Die Notwendigkeit zur Erweiterung des Horizonts ökonomischer Analyse war nun dem historisch orientierten Wirtschaftswissenschaftler immer vertraut, aber bei den systematischen Theoretikern bedurfte es des Anstoßes der Probleme der Entwicklungsländer, in denen man mit den strikt ökonomischen Rezepten von der Aussparung der soziokulturellen Umwelt wenig Erfolg hatte. Längere Zeit gab es dann den merkwürdigen Unterschied zwischen einer Entwicklungstheorie für arme Länder, die auch soziokulturelle Variable berücksichtigt, und der Entwicklungstheorie für reiche Länder mit ihrem abstrakten ökonomischen Anspruch, mit ihrer autonomen Ökonomie. Nun ist nicht zu bestreiten, daß in modernen gesellschaftlichen Gebilden die Übereinstimmung zwischen den verschiedenen sozialen Bereichen größer ist und die soziokulturelle Umwelt besser an die neuen technisch-ökonomischen Bedingungen angepaßt erscheint, so daß hier geringere Widersprüche entstehen, die auf Veränderungen drängen. Somit gibt es schon einen gewissen autonomen Bereich ökonomischer Analysen. Aber er ist doch, wie schon die erkennbaren Unterschiede zwischen den reichen Ländern selbst zeigen, weiter zu ziehen, als man das in den letzten Jahrzehnten getan hat. Die Informationsstruktur, das technische Wissen, das Bildungswesen, die Bevölkerungsentwicklung, die Rekrutierung der Eliten, die Eigentumsverteilung können eben, wie wir jetzt an den Wachstumsprozessen auch in unserem Bereich sehen, nicht mehr als Daten betrachtet werden, sondern müßten den Charakter endogener Variablen erhalten.

Wird eine derartig interdisziplinär erweiterte Theorie unsere prognostischen Fähigkeiten verbessern? Zum Teil schon – aber nicht jede gute Entwicklungstheorie macht Prognosen möglich. Hier scheint mir eine grundsätzliche Bemerkung am Platze, gleichsam als Antikritik zu gewissen Kritiken an Theorien früherer Zeiten. Spricht wirklich die

vielfach mangelhafte Prognose ein Urteil über vorliegende Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung im Kapitalismus? Das bekannte Mutations-Selektions-Modell der Biologie erklärt doch auch nur die Entwicklung, ohne seinerseits einen spezifischen Prognosewert zu haben. Es ist zweifellos eine Theorie, deren prognostischer Wert zu gering ist, um eine exakte Vorhersage von Mutationen zu ermöglichen und weil es so viele Möglichkeiten ökonomischer Gleichgewichte im Lebenskampf gibt, die kaum vorhergesagt werden können. Mir scheint, daß unsere sozialökonomischen Entwicklungstheorien zunächst ebenfalls an der Vergangenheit bestätigt werden müssen, daß hier auch noch viele Ereignisse darauf warten, besser erklärt zu werden, was freilich weniger Herzenswärme spendet als Zukunftsvisionen und auch wenig Begeisterungen wecken wird. Nach meiner Ansicht wird aber jeder unvoreingenommene Beobachter zugeben müssen, daß unsere Institutionen in Ost und West noch immer einer Fülle von Mutationen fähig gewesen sind, die in dieser Weise noch niemand vorausgesagt hat.

Freilich zwingt das nicht zur Abstinenz von jeglicher Prognose, schon gar nicht zur Enthaltensamkeit in solchen Bereichen, in denen sich auch in der Vergangenheit Prognosen bewährt haben, also in relativ eng begrenzten sozialökonomischen Aussagefeldern, wie Steuerwirkungen, Wirkungen einer Auf- oder Abwertung, Veränderungen gewisser Grundannahmen im System der Kapitalbildung usw. Zahlungsbilanzprognosen sind ja auch heute relativ leicht zu machen. Was aber die Großprognose von Systemen betrifft, so liegen die Dinge meiner Meinung nach doch anders. Sehr allgemein und deshalb wenig befriedigend werden wir zwar sowohl dem Kapitalismus wie dem Sozialismus unterstellen dürfen, daß in der Zeit vorhersehbarer Zukunft die Komplexität der gesellschaftlichen Lebensweise weiter zunimmt und im Prozeß der Modernisierung und der sogenannten Rationalisierung eine bessere Beherrschung der Lebensbedingungen, die z. T. wechselseitig im Streit definiert werden, bewirkt werden kann. Wir werden sicher eine weitere Steigerung des Lebensstandards, weitere Änderung der Produktionsstruktur, der Berufsstruktur, der regionalen Bevölkerungsverteilung *rebus sic stantibus* (bei Ausbleiben des großen Krieges) mit großer Zuversicht erwarten dürfen. Überhaupt sind nicht wenige der im I. Teil von mir skizzierten Entwicklungen nicht nur in kapitalistischen, sondern auch in sozialistischen Ländern zu beobachten und vermutlich nicht systemspezifisch. Gerade diese Tatsachen lassen sich vergleichsweise besser prognostizieren als die den Systemunterschied charakterisierenden Elemente.

Weil es nun solche Übereinstimmung im Entwicklungsprozeß gibt, fühlen sich – Herr Adorno hat heute darauf hingewiesen – viele veranlaßt, den Begriff der Industriegesellschaft einzuführen, der auf den gemeinsamen technischen Grundstock aller modernen gesellschaftlichen Entwicklung verweist und nach Meinung von Politikern und Ökonomen sogar eine Konvergenz der Systeme in ihrer politischen Ordnung herbeiführen soll. So wenig sympathisch das manchen sein mag, müssen wir uns zum Schluß auch in diesem Referat der Aufforderung stellen, die dieser Aspekt des Generalthemas der Tagung enthält.

III.

Ich möchte aber nicht in abstrakte Spekulation über Begriffe eintreten, sondern ein Gedankenexperiment erwähnen, das Oskar Morgenstern kürzlich geschildert hat. Nehmen wir an, es werde uns berichtet, es gäbe auf der Erde ein Land, von dem wir nur drei weitere Informationen hätten. Es lebten in ihm 190 Millionen Einwohner, sie besäßen 60 Millionen Automobile, und das Ganze funktioniere durchaus und entwickle sich. Oskar Morgenstern meint, daß aus diesen drei Informationen, also wirklich nur sehr wenigen, sich unabhängig von allem, was wir an Ideologien mit uns herumtragen, schon recht weitgehende Kenntnisse dieser Gesellschaft ableiten lassen, wenn wir nur einige Koeffizienten des Soziallebens einführen, die uns als systemunabhängig vertraut sind. Wir würden beispielsweise die normale Sexualproportion unterstellen wollen, eine gewisse Mindestnahrungsmittelversorgung von täglich durchschnittlich 1500 Kalorien annehmen, aus unseren technischen Kenntnissen und Informationen einiges darüber schließen, wie 60 Millionen Automobile produziert worden sind, wie sie laufen, was sie dafür an Rohstoffen, Straßen und dergleichen brauchen. Morgenstern hegt die Vermutung, daß man unter Umständen von ganz verschiedenen Ausgangsdaten, unter Zuhilfenahme von einigen unstreitigen, jedenfalls nicht unmittelbar ideologisch umstrittenen Koeffizienten zu ähnlichen ökonomischen Gebilden gelangen werde, was einen großen Zusammenhang aller Sachverhalte offensichtlich machen würde.

Je nach dem, welches unsere eigene Vorstellung von sozialökonomischer Entwicklung der Gesellschaft ist, werden wir meinen, daß ein so konstruiertes Modell Wesentliches von dieser in Rede stehenden Gesellschaft abbildet oder nicht. Freilich ist noch keines der uns so teuren Worte gefallen. Nichts von Familie, Eigentum, Reichtum, Macht, Mobilität, Ausbeutung. Ist das Fehlen dieser uns so wichtigen Worte

nun darauf zurückzuführen, daß Morgenstern hier einen ungeheuerlichen technizistischen Aspekt verfolgt? Einem an der Kapitalismus-Sozialismus-Diskussion geschulten Milieu mag es so scheinen, daß Sachverhalte, die hier nicht erwähnt sind, eigentlich das Wesentliche darstellen. Aber, gesehen von einigen Ländern der Dritten Welt reduziert sich oft die Bedeutung dieser Fragen und mag eher die von Morgenstern genannte Zahl von 60 Millionen Automobilen die gewünschte Wirklichkeit der Gesellschaft beschreiben. Es ist ja bezeichnend, daß man ein Entwicklungsland in allererster Linie anhand des Kriteriums „reales Bruttosozialprodukt je Kopf“ mißt, das hier zur zentralen gesellschaftlichen Zielvariablen avanciert. Die demgegenüber im Ost-West-Vergleich so fundamentalen Fragen des Lenkungsmechanismus und der Verfügungsmacht über Produktionsmittel geraten aus diesem Blickwinkel ihrerseits in den Hintergrund der soziotechnischen Unterfragen.

Könnte es nicht aber sein, daß durch eine List der Idee dies als Folge des Ost-West-Wettbewerbes, einer mit militärischen wie ökonomischen Machtmitteln ausgetragenen Rivalität, inzwischen auch in den kapitalistischen und sozialistischen Ländern nicht viel anders ist? Ist Wachstum nicht inzwischen zu einem zentralen Wert in West und Ost geworden, nicht eigentlich einem *inneren* Systemzwang folgend, sondern ähnlich wie der Akkumulationsdruck, der im System privatwirtschaftlicher Konkurrenz herrscht, so auch hier als wechselseitige Fremdbestimmung des Schicksals? Sind die heutigen Gesetze der Entwicklung *unserer* Gesellschaft nicht aus der Tatsache der Existenz einer Weltgesellschaft abzuleiten, so daß es nicht mehr *die* Theorie des Kapitalismus als eines autonomen Gebildes geben kann? Es scheint mir kein Zweifel, daß die zur Zeit wesentlichen Veränderungen in westlichen Industrieländern, angefangen von der Umstrukturierung des Bildungswesens über die Forschungspolitik bis hin zu den explizit ökonomischen Perspektiven der Wachstumspolitik nicht aus den inneren Widersprüchen dieses Systems allein abzuleiten sind, wie entsprechend die gegenwärtigen Reformen in der CSSR wohl erweisen, daß ein Druck zu gesellschaftlicher Transformation im Gefolge unbefriedigender Wachstumsraten nicht nur im Westen besteht. Wie so oft in der Geschichte ist äußerer Druck geeignet, institutionellen Wandel im Inneren zu fördern und sogar zur Ablösung von Eliten beizutragen, wenn sie nicht in der Lage sind, diesen Wandel selbst herbeizuführen.

Wachstum ist aber, worauf schon einmal zuvor kurz verwiesen wurde, auch aus einem zweiten Grund in eine dominante Position gerückt, da hohe Wachstumsraten im Verein mit der schleichenden In-

flation vorzügliche Pazifizierungsergebnisse im Gruppenkonflikt geliefert haben. Aus diesem Grunde scheint es mir nur folgerichtig, daß wir zur Zeit bemerken, wie Wachstum auch im kapitalistischen System explizit zur politischen Steuerungsvariablen wird, wenngleich zuzugeben ist, daß Planifikation und konzertierte Aktion noch kein wirkliches System einer staatskapitalistischen Wachstumspolitik erkennen lassen.

Damit, meine Damen und Herren, möchte ich meine ursprünglich als Korreferat zu einer soziologischen Theorie vorzubringenden Bemerkungen eines Ökonomen abschließen, in der Hoffnung einige Stichworte für die Kooperation zweier in der letzten Zeit doch wenig miteinander kooperierender Disziplinen zu leisten.